

Bericht

des Unterrichtsausschusses

über den Antrag 1115/A(E) der Abgeordneten Hermann Brückl, MA, Kolleginnen und Kollegen betreffend Sommerschule für alle Schülerinnen und Schüler ermöglichen

Die Abgeordneten Hermann **Brückl**, MA, Kolleginnen und Kollegen haben den gegenständlichen Entschließungsantrag am 20. November 2020 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

„Durch das Versäumnis bei der Umsetzung durch das ÖVP-Bildungsministerium, das erst im Zuge der Corona-Krise tätig wurde, kam es 2020 zu einer etwas chaotischen, sehr abgespeckten „Sommerschule“ mit bescheidenem Erfolg.

Diese „Sommerschule“ stand nur für ausgewählte Schülerinnen und Schüler zur Verfügung, es gab nur einen Deutschschwerpunkt und Lehramtsstudierende wurden mit fünf ECTS-Punkten als „Bezahlung“ abgespeist.

Ein Entschließungsantrag, um eine Sommerschule für alle Schülerinnen und Schüler bereits 2020 zu ermöglichen, wurde von den Regierungsparteien am 17. Juni 2020 abgelehnt.

Ein weiterer Entschließungsantrag, um rechtzeitig für 2021 vorzusorgen, wurde am 7. Juli 2020 von schwarz-grün abgelehnt. Stattdessen wurde eine Entschließung ohne konkrete Inhalte beschlossen:

Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird ersucht, auf Basis der Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt „Sommerschule 2020“ dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, mit welcher der Sommerunterricht für jene Schülerinnen und Schüler, die es brauchen, und um Eltern zu entlasten auch in den Sommermonaten der nächsten Jahre angeboten werden kann

Inzwischen hat die schwarz-grüne Bundesregierung den nächsten Anschlag auf die Schülerinnen und Schüler verübt, in dem sie diese neuerlich für mehrere Wochen ins „distance learning“ geschickt haben.

Ein Konzept, wie der dadurch entstandene und noch entstehende Bildungsverlust ausgeglichen werden kann, fehlt völlig. Es liegt nicht einmal die in der Entschließung angekündigte Regierungsvorlage für eine „Sommerschule 2021“ vor. Das nächste Chaos ist durch die Untätigkeit des Bildungsministers vorprogrammiert. Leittragende sind allerdings Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, sowie die Eltern. Es wird Zeit zu handeln!“

Der Unterrichtsausschuss hat den gegenständlichen Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 02. Dezember 2020 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter Abgeordneten Hermann **Brückl**, MA die Abgeordneten Mag. Sibylle **Hamann**, Eva Maria **Holzleitner**, BSc, Petra **Vorderwinkler**, Petra **Bayr**, MA MLS, Mag. Martina **Künsberg Sarre**, Mag. Dr. Sonja **Hammerschmid**, Katharina **Kucharowits**, Claudia **Plakolm**, Barbara **Neßler**, Fiona **Fiedler**, BEd, Mag. Dr. Maria Theresia **Niss**, MBA und Mag. Gerald **Hauser** sowie der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung Dr. Heinz **Faßmann**.

Bei der Abstimmung fand der gegenständliche Entschließungsantrag der Abgeordneten Hermann **Brückl**, MA, Kolleginnen und Kollegen nicht die Zustimmung der Ausschussmehrheit (**für den Antrag**: S, F, N **dagegen**: V, G).

Zur Berichterstatteerin für den Nationalrat wurde Abgeordnete Claudia **Plakolm** gewählt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Unterrichtsausschuss somit den **Antrag**, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, 2020 12 02

Claudia Plakolm

Berichterstatteerin

Mag. Dr. Rudolf Taschner

Obmann

